

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 164/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13 und III/11
mit Referat: II / 20 / Frau Eisen

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 13.10.2025

**Politik muss Vorbild sein:
Antrag zum Haushalt 2026**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt dem Stadtrat noch dieses Jahr eine Änderung der Gemeindesatzung der Stadt Erlangen vorzuschlagen, die zur Folge hat, dass es im Jahr 2026 keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte gibt. Gleiches gilt für die Aufwandsentschädigung der Fraktionsvorsitzenden. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden dem Haushalt zugeführt.

Die Dienstaufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters sowie des Weiteren berufsmäßigen Bürgermeisters wird ab 01.01.2026 auf die Untergrenze des in Art. 46 i. V. m. Anlage 2 KWBG genannten Betrages festgesetzt. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden dem Haushalt zugeführt.

Die Verwaltung meldet die Reduzierung der persönlichen Mitarbeitenden des OBM von drei auf zwei für im Stellenplan 2026 Amt 13/OBM an.

Der Fahrdienst für Oberbürgermeister, Bürgermeister und Referent:innen wird eingestellt. Wir bitten die Verwaltung um die Abmeldung im Stellenplan.

Begründung:

Wir halten es gegenüber der Stadtgesellschaft für nicht vermittelbar, dass sich ausgerechnet die Stadtspitze und der Stadtrat von den Sparmaßnahmen weitgehend ausnimmt.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind keine erhöhten Mittel für die Aufwandsentschädigung der Stadträte vorgesehen. Das ist bei bisheriger Gemeindesatzung eine sehr unwahrscheinliche Annahme. Die Aufwandsentschädigungen sind an die bayerische Beamtenbesoldung gekoppelt, die wiederum regelmäßig die Abschlüsse des Tarifvertrags der Länder übernimmt. Die Tarifverhandlungen für den TV-L beginnen noch dieses Jahr, im Laufe des nächsten Jahres ist daher (zurecht!) mit einer Tarifierhöhung zu rechnen. Wir wollen, dass diese Tarifierhöhung nicht bei den Stadträten nachvollzogen wird.

Der Oberbürgermeister und Bürgermeister erhalten einen Beamtensold. Das sind bei OBM und BM jeweils deutlich über 100.000€ jährlich. Wir schlagen lediglich vor, die darüber hinaus gezahlte Aufwandsentschädigung auf das gesetzliche Minimum zu reduzieren.

Mit der Amtsübernahme des aktuellen Oberbürgermeisters wurden die persönlichen Mitarbeiter:innen deutlich erhöht. Wir schlagen dagegen nur eine moderate Reduzierung vor.

Der Fahrdienst für die Stadtspitze ist ein grundsätzlich gutes Angebot, dass wir aber im Angesicht der Haushaltslage kritisch überdenken sollten. Die Stadt Erlangen ist durch hervorragende Verkehrsmittel aus dem Umweltverbund gut erreichbar, außerstädtische Termine sind auch durch den Fernverkehr bzw. unsere Partner im VGN wahrnehmbar. Wenn ein Auto für die Wahrnehmung eines Termins unverzichtbar ist, kann auch die Kooperation mit dem Erlanger Car-Sharing-Verein gesucht werden. So kann Unterhalt des Fahrzeugs und die Fahrerstelle eingespart werden.

Alle Stelleneinsparungen können entweder zur Stabilisierung des Haushalts verwendet werden oder um Stelleneinsparungen in anderen Bereichen abzuwenden. Die Kolleginnen und Kollegen werden natürlich in anderen Bereichen der Stadt weiterbeschäftigt.

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Eitel
(Stadtrat)

Gabi Stadlbauer
(Stadträtin)